№ 525
A 221
Morgen-Ausgabe

Berlinische Vossische Zeitung

Dienstag 6 November 1923

15 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel. Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 50 Milliarden Mark durch Boten Postbezugspreis und Streifbandsendungen frei bleibend. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 80 Pfg. mal Schlüsselzahl 60 Milliarden. Familienanzeigen 5 Pf. mal halber Schlüsselzahl. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw Redakteur (m. Ausnahme d. Handelsl.): Carl Misch. Berlin Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein Amt Dönhoff 3600 — 3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695 Telegramm-Adresse Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Gegen die Reichszerstörer!

Aufruf zum Schutz der Verfassung.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erließen gestern abend folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche ins deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten, und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu einer neuen wertbeständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwerster wirtschaftlicher Verhältnisse und unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegwollen, dann ist Voraussetzung dafür: Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, mit dem deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr wirken müßte, die im schwersten Kampfe gegen bezahlte, bewaffnete separatistische Horden ihr Deutschtum verteidigen! Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk den Kampf mitführt, und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen, ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt. Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Reichswehr und Schutzpolizei werden, getreu ihrem Eide, ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und gegen ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.

Der Reichspräsident (gez.) Ebert.
Die Reichsregierung (gez.) Dr. Stresemann.

Die Aufrufe der Parteien.

Die früheren Koalitionsparteien hatten gestern abend einen aus ihren Vertretern gebildeten Ausschuß mit der Aufgabe betraut, sich über die Frage eines von den Fraktionen zu erlassenden Aufrufes an die Bevölkerung schlüssig zu werden. Man kam zu dem Ergebnis, keinen gemeinsamen Aufruf der Fraktionen zu veröffentlichen, sondern es wird jede einzelne Partei sich gesondert an das Volk in einem Aufruf wenden, wofür jedoch einheitliche Richtlinien festgesetzt wurden.

Die einzelnen Aufrufe der Parteien sollen erst morgen abend veröffentlicht werden. Sie werden sich an die Kundgebung der Reichsregierung anschließen und alle verfassungstreuen Schichten der Staatsbürger auffordern, sich hinter die Republik zu stellen, um die Reichseinheit zu erhalten. **Weiter wird die Bevölkerung aufgefordert werden, einem eventuellen Appell der Reichsregierung zur Unterstützung der Machtmittel des Staates Folge zu leisten.**

Im Anschluß an die republikanischen Parteien wollen auch die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Mitglieder auffordern, sich zum Schutze der Republik bereitzuhalten.

In Zentrumskreisen sind die Meinungen über die Entwicklung der Regierungskrise sehr widersprechend. Der eine Teil bemüht sich, Anschluß nach rechts zu finden, während der andere Teil es bei der jetzigen Zusammensetzung des Kabinetts Stresemann belassen will und auf die Neutralität der Sozialdemokratie dieser Regierung gegenüber rechnet. Das Zentrum hat in seiner gestrigen Fraktionssitzung übrigens noch keine bestimmte Stellung eingenommen, sondern gedenkt heute abermals zu einer Fraktionssitzung zusammenzutreten und inzwischen mit den Demokraten weiter zu verhandeln. Bisher herrscht in der Mehrheit der Fraktion die Ueberzeugung, daß sowohl eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts als auch eine Wiederkehr der Kleinen Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ausgeschlossen sei.

Die Ausschreitungen in Berlin.

Im Zentrum Berlins ist es gestern zu außerordentlich bedauerlichen Vorgängen gekommen. Die plötzliche und ungerechtfertigte Erhöhung des Brotpreises hatte ohnehin in der Bevölkerung großen Unwillen erregt, und dazu kam, daß anscheinend einige Berliner Erwerbslose, die von der Stadt wertbeständiges Notgeld erhalten hatten, von „wilden" Geldwechslern gewissenlos geschädigt worden waren. Die dadurch erzeugte begreifliche Mißstimmung ist nun von antisemitischen Agitatoren dazu ausgenutzt worden, die Erwerbslosen zu Gewalttätigkeiten in jenem Viertel Berlins aufzureizen, das von zahlreichen ostjüdischen Emigranten bewohnt wird.

Wie es immer in derartigen Situationen zu sein pflegt, fand sich bald gewerbsmäßiges Diebsgesindel zusammen, und so kam es an verschiedenen Stellen in der Umgebung des Alexanderplatzes und des Rosenthaler Tors zu Plünderungen von Läden, Demolierungen und Mißhandlungen von Passanten und vereinzelt auch zur Demolierung von Wohnungen jüdischer Bürger. Nach den bisherigen Berichten von Augenzeugen scheint die Polizei anfangs nicht überall mit der nötigen Tatkraft eingegriffen zu haben, und so konnten sich die Ausschreitungen bis in den Abend hinein fortsetzen. Man muß erwarten, daß die Leitung der Berliner Schutzpolizei nunmehr äußerste Wachsamkeit und Energie aufbietet, um eine Wiederholung derartiger unwürdiger Vorfälle zu verhüten. Zugleich darf man wohl hoffen, daß die anständigen politisch rechtsstehenden Kreise mit aller Deutlichkeit die Vorgänge, die sich gestern in Berlin abgespielt haben, verurteilen, damit ihnen der Vorwurf erspart bleibt, für die Verfolgung ihrer politischen Ziele die niedrigsten Instinkte des Straßenpöbels wachgerufen zu haben. Der ausführliche Bericht über die Vorgänge befindet sich in der 1. Beilage.

Der Reichskanzler gegen freiwillige Hilfskräfte.

In der gestern nachmittag abgehaltenen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei legte der Reichskanzler Dr. Stresemann die politische Lage dar und verwies auf den Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung, der zur Wahrung der Einheit der Republik und zur Aufrechterhaltung der Ordnung auffordert. Zu den Aufrufen, welche die einzelnen Parteien erlassen werden, bemerkt der Reichskanzler, **er müsse sich dagegen wenden, daß auch freiwillige Hilfskräfte zum Schutze der Republik aufgerufen werden. Der Reichskanzler könne sich auf die Reichswehr vollkommen verlassen, und die Reichswehr werde allein Herr etwaiger Unruhen werden.**

Keine Reichstagssitzung.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß gestern die für Mittwoch angesetzte Sitzung des Reichstags abzusagen und es der Vereinbarung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten zu überlassen, wann die nächste Vollsitzung abgehalten werden kann.

Der Termin hängt davon ab, wann der Reichskanzler nach der Rekonstruktion des Kabinetts in der Lage sein wird, Erklärungen als Grundlage für die allgemeine politische Aussprache abzugeben.

Der Aeltestenrat hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag **spätestens im Laufe der nächsten Woche** wieder zusammentritt.

*

An der Besprechung der Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten beim Reichspräsidenten gestern mittag nahm auch der Reichskanzler teil. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei war nicht anwesend. In der Besprechung handelte es sich um den Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung an das Volk.

Sachsen.

Von
Minister a. D. Dr. Richard Seyfert,
Mitglied des Landtags.

* **Dresden,** 4. November.

Ueber die wirklichen Vorgänge in Sachsen kann sich der Fernerstehende auf Grund der meist tendenziös gefärbten Presseberichte kein klares Bild machen. Uebertreibungen auf der einen, Beschönigungen auf der anderen Seite vergerren das Bild. Freilich spiegeln sich in den sächsischen Verhältnissen die inneren Gärungen deutlicher wieder als irgendwo anders. Die Vorgänge in Bayern sind offenbar Reaktionserscheinungen, die Vorgänge in Sachsen sind zum großen Teil Ueberstürzungserscheinungen. Sie beruhen im wesentlichen darauf, daß innerhalb der Sozialdemokratie der zunächst kleinere, aber handlungsbereitere radikale Teil, in dem sich die Neusozialdemokraten und die Doktrinäre der Partei sammeln, allmählich die Oberhand gewonnen haben.

Der typische Vertreter dieser Gruppe ist Dr. Zeigner: Politisch noch nicht gefestigt, unerfahren, getrieben von der Furcht, für nicht echt gehalten zu werden, geschäftig, von brennendem Ehrgeiz erfüllt, aber bei weitem nicht robust genug, die Dinge überlegen zu meistern, infolgedessen nervös, reizbar und ermüdbar, Stimmungen folgend, flackernd und unbeständig. Schade um den Mann, der sich so früh verbraucht. Es ist ein Verhängnis für das Land, wenn solche Männer verfrüht in maßgebende Stellungen kommen. Aber es ist töricht, eine Person für alles verantwortlich zu machen, was geschehen ist. Zeigner war doch eben nur der Schaumkamm einer politischen Welle. Sein Sturz schließt einen Zeitraum ab, der für Sachsen sehr übel verlaufen ist, für die Erkenntnis der inneren Zusammenhänge aber sehr bedeutsam sein kann. In den letzten zwei Jahren haben die sächsischen Sozialdemokraten unter dem verhängnisvollen Irrtum ihre Politik betrieben, daß Sozialdemokratie und Kommunismus innerlich verwandt und darum leicht auch zu praktischer Arbeit zu vereinigen wären, unter dem Irrtum, daß Sozialdemokratie ein gemäßigter Kommunismus, daß Kommunismus ein etwas wildgewordener Sozialismus sei. Man braucht die inneren Verwandtschaften der beiden politischen Anschauungsformen nicht zu bestreiten, aber im Kampfe miteinander stehen sie ihrer inneren Gegensätze nicht verleugnen können. Wie tief der Gegensatz ist, lehrt ein Blick auf Rußland, wo der Bolschewismus über die Leichen Tausender von Menschewiki hinweg zur Macht gelangt ist. Der deutsche Kommunismus arbeitet mit sanfteren Mitteln, ist aber trotzdem der Todfeind der Sozialdemokratie.

Daß die V. S. P. D. in Sachsen das nicht erkannt hat, ist ihr und des Landes Unglück gewesen. Die Kommunisten haben, obwohl sie theoretisch die geschworenen Feinde des Parlamentarismus sind, sich zu Abgeordneten wählen lassen, haben hier die Mehrheit bilden helfen, haben schließlich sogar den Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet und zwei Ministerposten besetzt. Daß sie damit ihre eigene Lehre verleugnet haben, mag sie wenig kümmern, weil es ihnen eben nur auf den Erfolg ankommt. Der Erfolg ist ihnen beschieden gewesen; denn sie haben in den zwei vergangenen Jahren tatsächlich die sächsische Politik beherrscht. Und zwar im Parlament in der Form einer zunächst weiteren, dann engeren Verbindung mit der Sozialdemokratie. Dieser parlamentarischen Form der kommunistischen Betätigung ging aber eine außerparlamentarische zur Seite, und in dieser kam das wahre Wesen der Kommunisten zum Ausdruck. Denn in der Oeffentlichkeit, in den Betrieben, in Versammlungen und in der kommunistischen Presse führten die Kommunisten einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Sozialdemokratie. Daß sie dieses Doppelspiel so lange haben treiben können, ist eine von den vielen Unbegreiflichkeiten, an denen die sächsische Politik der letzten Monate überreich gewesen ist.

Der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie in dem Kommunismus ihren geschworenen Feind sehen muß, scheint jetzt auch in Sachsen zu erwachen. Die sächsischen Sozialdemokraten haben sich die Zeit daher von den Kommunisten düpieren lassen. Das Erwachen wird für sie sehr schmerzlich sein; denn die Agitation der Kommunisten, die verstärkt worden ist durch die entsetzliche Not und Teuerung, hat unheilbliche Erfolge gehabt. Man muß immer und immer wieder fragen: Hat die S. P. D. das nicht gesehen, was in den breiten Massen auf ihre Kosten geschieht? Was hat sie gehindert, sich energisch zur Wehr zu setzen? Die Antwort ist leicht zu geben. Es ist die doktrinäre Einstellung auf den Klassenkampfgedanken, der seine Nahrung in dem Umstande findet, daß S. P. D. und K. P. D. zusammen eine kleine Mehrheit im Landtage hat. Der Umstand, daß sowohl der kommunistische wie der sozialistische Gedanke in der Arbeiterklasse ihre Hauptvertreter hat, daß also eine wirtschaftliche und klassenmäßige Verbindung besteht, hat die Sozialdemokratie irregeführt.

Wer schärfer zusieht, erkennt gerade in den Vorgängen in Sachsen deutlich, daß wirtschaftliche, berufliche, gewerkschaftliche Bindungen nicht ohne weiteres politische Gegensätze ausgleichen. Diese letzteren sind, weil sie auf Weltanschauungen